

# Neues Deutschland

13.12.2008 / Ausland / Seite 2

## Der »Verrat« an Europas Klimazielen wurde Beschluss

### Umweltschützer sehen Emissionsminderung als Mogelpackung

Von Caroline Ausserer, Brüssel

**Als »historischer Durchbruch« wird die Einigung über das Klimapaket nach zweitägigen intensiven Verhandlungen beim EU-Gipfel bezeichnet. Doch Umweltorganisationen kritisieren es wegen der Ausnahmeregelungen für kohleabhängige Länder als »sehr enttäuschend«.**

EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy war sichtlich erfreut. »Ein historischer Gipfel geht zu Ende«, sagte er nach Abschluss des EU-Gipfels. »Der soeben beschlossene Energie-Klimapakt ist einzigartig in der Welt.« Die ursprünglichen Klimaziele seien nicht in Frage gestellt worden. Die EU hält am Ziel fest, bis 2020 den Ausstoß von Kohlendioxid um 20 Prozent zu senken, gemessen am Jahr 1990. Sie will gleichzeitig den Anteil von erneuerbarer Energie am Verbrauch auf 20 Prozent zu erhöhen.

Um die Details der Umsetzung wurde freilich in Brüssel heftig gestritten. Dabei gab es Bedenken von zahlreichen »Bremsen-Ländern«, die ernst genommen wurden. So sorgten sich beispielsweise Deutschland und Italien um ihre Industrie und eine mögliche Abwanderung bedeutender Industriezweige. Und sie wandten sich gegen eine Versteigerung von Emissionszertifikaten – also das Recht auf den Ausstoß von Kohlendioxid – ab 2013. Bisher werden sie den Unternehmen gratis zugeteilt.

Die französische EU-Präsidentschaft ist Deutschland und Italien nun entgegen gekommen. Sie sieht Ausnahmeregelungen vor, die nach deutschen Berechnungen 80 bis 90 Prozent der Unternehmen zugute kommen könnten. Bestimmte Industriezweige erhalten einen verlängerten Zeitrahmen für die Versteigerung. Auch Industriesektoren, die nicht massiv im internationalen Wettbewerb stehen, müssten laut Gipfelerklärung 2020 nicht 100, sondern nur 70 Prozent ihrer Verschmutzungsrechte ersteigern. Erst ab 2025 sollen alle Zertifikate versteigert werden.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ist zufrieden: »Es ist ein im Detail durchgearbeitetes Projekt, das sich nicht nur mit Zielvorgaben zufrieden gibt.« Immerhin müsse die Industrie mit 20 Prozent Reduktion ihren Beitrag dazu leisten. Zufrieden ist auch Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi. »Wir sind dabei, alles zu bekommen, was wir gefordert haben«, frohlockte der italienische Regierungschef bereits am Vorabend des letzten Gipfeltags und erklärte später: »Schließlich wollen wir uns nicht von der Linken kritisieren lassen, nicht umweltfreundlich zu sein.« Berlusconi hatte davor die Kosten des von der EU angestrebten Klimaschutzes für die Industrie Italiens insgesamt als zu hoch kritisiert.

Eine zweite Gruppe von neun mittel- und osteuropäischen Ländern um Polen, dessen Strom zu mehr als 90 Prozent aus Kohlekraftwerken stammt, befürchtete starke Preissteigerungen. Der Vorschlag eines Solidaritätsbeitrags Westeuropas in Höhe von 12 Prozent der Zertifikatserlöse für diese Länder wurde angenommen. Dies soll die Modernisierung der Kraftwerke ermöglichen. »Damit bekommen die mittel- und osteuropäischen Länder die Chance, in die Vollauktion hineinzuwachsen«, betont Merkel.

Auf der gleichzeitigen Weltklimakonferenz im polnischen Poznan hatte UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon Europa eindringlich zum Handeln gemahnt. »Wir erwarten eine Führungsrolle der Europäischen Union.« Das beschlossene Klimapaket solle die Vorreiterrolle Europas in Sachen Klimaschutz bestätigen und den Weg nach Kopenhagen 2009 weisen.

Doch Umweltorganisationen wie der WWF werfen der EU vor, ihre Klimaziele »zu verraten«. Wenn das Klimapaket so durchgehe, werde Europa seine eigenen Emissionen bedeutend weniger senken, befürchtete der WWF in Brüssel.

Als bezeichnenden Schritt charakterisierte Großbritanniens Premier Gordon Brown das beschlossene Konjunkturpaket. »Es ist das Ergebnis eines vereinten Europas, das gemeinsam gegen die Finanzkrise vorgeht.« Dabei geht es darum, mit 200 Milliarden Euro der Finanzkrise entgegenzutreten, 170 Mrd. davon sollen von den einzelnen EU-Ländern getragen werden. »Wir waren uns alle einig darüber«, betont Sarkozy. Schließlich stehen Wirtschaft und Klimaschutz sich keinesfalls gegenüber. »Ganz im Gegenteil«, betont auch Merkel. »Klimaschutz kann auch Arbeitsplätze schaffen.« Zuvor hatte Großbritannien Deutschland vorgeworfen, zu wenig für die Konjunktur zu tun. Der deutsche Finanzminister Per Steinbrück

warf London dagegen vor, Milliarden zu verschleudern.

## Hintergrund - Konjunkturpaket

Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise hat sich die EU auf ein Konjunkturpaket von 200 Milliarden Euro geeinigt. Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs folgten dem Vorschlag von Kommissionspräsident José Manuel Barroso und stimmten zu, dass rund 1,5 Prozent der gemeinsamen Wirtschaftsleistung der EU aufgebracht werden, was etwa 200 Milliarden Euro entspricht. Mit 170 Milliarden Euro sollen die EU-Staaten den Löwenanteil des Konjunkturpakets stemmen. Es wird dazu kein neuer EU-Topf eingerichtet – die nationalen Programme wie die Deutschlands werden in Brüssel angerechnet.

Eine neue Tür für nationale Mehrwertsteuersenkungen gibt es zunächst nicht. Die EU-Finanzminister sollen sich erst im März 2009 erneut damit beschäftigen. Die französische EU-Ratspräsidentschaft hatte vorgeschlagen, dass Mitgliedstaaten bei arbeitsintensiven Dienstleistungen – dazu zählt Paris unter anderem die Gastronomie – dauerhafte ermäßigte Mehrwertsteuersätze anwenden könnten und dass dies in der Gipfelabschlussklärung erwähnt wird. Berlin ist in der EU ein strikter Gegner von ermäßigten Mehrwertsteuersätzen. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück fürchtet Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe. (dpa/ND)

---

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/140618.der-verrat-an-europas-klimazielen-wurde-beschluss.html>